

Rede auf der dritten Hochrangigen Interparlamentarischen Konferenz des Europäischen Parlaments (EP) zu "Migration und Asyl", 10.12.2021

Session 2: Interne Dimensionen von Migration und Asyl ein Jahr nach Vorlage des Neuen Paktes für Migration und Asyl

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Präsidenten des europäischen und slowenischen Parlaments haben in ihrem Einladungsschreiben zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich bei Migration um ein „common and constant feature in today’s Europe“ handelt und genau so sollten wir es nehmen: als Tatsache, als Gestaltungsbereich wie andere Lebensbereiche auch.

Und so wie andere Lebensbereiche wird es nicht gut werden, wenn man die Dinge einfach laufen lässt, sie nicht wahrhaben oder nur abwehren will. Migration findet statt, immer, täglich, und es ist unsere Aufgabe, dass dies weitestmöglich zu allseitigem Nutzen von Herkunfts- und Zielländern und der Migrantinnen und Migranten geschieht. Das ist nicht leicht, aber erreichbar.

Dabei ist es hilfreich, auch die vielen schönen Aspekte von Migration zu sehen: wie frei wir heute reisen können, die Freizügigkeit in Europa, die wir genießen, junge Menschen, die während der Schulzeit, zur Ausbildung oder für ein Studium ins Ausland gehen, Menschen, die jenseits ihrer Heimat den Wohlstand mit erarbeiten oder die es der Liebe wegen in andere Länder verschlägt (bei meinem Vater beispielsweise war es so). Während sich unsere Großeltern noch in manchen Fällen auf den Schlachtfeldern gegenüberstanden, wollen wir heute nicht mehr hinter diese Errungenschaften zurück.

Natürlich sehen wir auch die Schattenseiten, die uns herausfordern, natürlich bringt das Zusammenleben von Menschen immer auch Konflikte mit sich. Genau dafür braucht es Regeln und eine konsequente Anwendung dieser Regeln. Eine schleichende Erosion unseres gemeinsamen Rechts vergrößert den Schatten und verschärft die Konflikte. Auf Unrecht müssen wir mit der Stärke des Rechts antworten.

Erstens geht es um das Recht, das Einwanderung regelt: Bedenken wir dabei, dass kein Mitgliedsstaat eine Geburtenrate vorweisen kann, mit dem die Bevölkerung auch nur stabil gehalten werden könnte. Die demografische Entwicklung und damit die Alterung unserer Gesellschaften ist teilweise extrem. Das gefährdet unsere Innovationskraft und unseren Wohlstand. Familienpolitik ist wichtig, aber ohne eine kontrollierte Einwanderung wird es nicht gehen.

Zweitens geht es um das Recht, das Menschen auf der Flucht schützen soll. Anfang des Monats hat die Kommission in Reaktion auf das verbrecherische Treiben des belarussischen Machthabers Lukashenko einen Vorschlag für sogenannte temporäre Maßnahmen vorgelegt. Sie werden nach Art. 78 Abs. 3 AEUV mit einer Notlage begründet. Ich frage uns ernsthaft: Wollen wir Herrn Lukashenko tatsächlich zugestehen, dass er uns in eine Notlage gebracht hat? Meine Damen und Herren, er hat Menschen in eine Notlage gebracht, das ist die Wahrheit. Aber doch nicht Europa!

Der staatliche Menschensmuggel seitens Belarus muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbunden werden, damit nicht noch mehr Menschen in diese Falle geraten. Diese

rechtsstaatlichen Mittel sind längst nicht ausgeschöpft, etwa was das Sanktionsregime angeht. Herr Lukashenko gehört persönlich haftbar gemacht für diese verbrecherische Aktion und vor Gericht. Aber an diesem Beispiel zeigt sich: Europas Antwort auf das Unrecht muss eine Antwort des Rechts sein. Zurückweisungen müssen unterbleiben, humanitäre Organisationen brauchen Zutritt, ebenso wie die Medien. Die hohen Anforderungen an Beitrittskandidaten sind keine Kleidungsstücke, die man beim Hereinkommen nach Europa an der Garderobe abgibt. Sie sind unsere gemeinsame Hausordnung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland hat seit dieser Woche eine neue Regierung. Lassen Sie mich abschließend einige Sätze aus dem ihr zugrundeliegenden Vertrag zitieren:

„Mit einer aktiven und ordnenden Politik wollen wir Migration vorausschauend und realistisch gestalten. Wir werden irreguläre Migration reduzieren und reguläre Migration ermöglichen. Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung und den Verpflichtungen, die sich aus dem Grundgesetz, der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und dem Europarecht ergeben, um Geflüchtete zu schützen und Fluchtursachen zu bekämpfen. Unser Ziel ist eine faire Verteilung von Verantwortung und Zuständigkeit bei der Aufnahme zwischen den EU-Staaten. Wir wollen bessere Standards für Schutzsuchende in den Asylverfahren und bei der Integration in den EU-Staaten. Wir wollen die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beenden. Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss inhaltlich geprüft werden. Auf dem Weg zu einem gemeinsamen funktionierenden EU-Asylsystem wollen wir mit einer Koalition der aufnahmebereiten Mitgliedstaaten vorangehen (...). Das Ziel muss ein wirksamer und rechtsstaatlicher Außengrenzschutz sein (...). Es ist eine zivilisatorische und rechtliche Verpflichtung, Menschen nicht ertrinken zu lassen. Wir werden zudem die ausbeuterischen Verhältnisse auf den Fluchtwegen und Schleuserkriminalität bekämpfen.“

Soweit die Zitate.

Wie gehen wir jetzt damit um, dass es dazu unterschiedliche Positionen in Europa gibt? Heute haben wir sie, natürlich freundlich verpackt, über weite Strecken wieder ausgetauscht. Im Prinzip dokumentieren wir auf diesen Konferenzen auch die Uneinigkeit in Europa. Da dürfen wir uns nicht wundern, wenn es außerhalb der Verhandlungsräume auch so wahrgenommen und wie in den Beispielen Türkei 2020 oder heute Belarus gegen uns gerichtet wird. Erst Einigkeit macht uns stark.

Wenn wir in den Positionen auseinanderlaufen, müssen wir fragen, ob wir gemeinsame Interessen haben. Ich bin sicher, dass wir gemeinsame Interessen haben: Unsere gemeinsame Sicherheit, oder Wohlstand zu sichern und auszubauen, was wir nur gemeinsam erreichen.

Auch unterschiedliche Interessen lassen sich verbinden oder ausgleichen. Aber es gibt auch widerstreitende Interessen, die sich nicht zuletzt entlang unserer Partiefamilien ziehen lassen. Hier ist der Spielraum für einen Ausgleich begrenzt. Und unterschiedliche Fakten kann man nicht stehen lassen. Beispielsweise liegt die Anerkennungsquote bei den Asylanträgen in der Europäischen Union anders als hier vorgetragen stabil bei über einem Drittel. Auch das darf uns freilich nicht ausreichen, vielmehr müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, damit wir mit unserer Hilfe diejenigen erreichen, die tatsächlich Schutz bedürfen und vielleicht zu schwach oder arm sind, überhaupt aus ihrem Elend herauszukommen. Zur Wahrheit gehört auch, dass 2020 lediglich 10 % aller Geflüchteten weltweit in Europa lebten.

Ich will hier klar einen maximalen Einigungswillen zum Ausdruck bringen. Unser gemeinsamer, phantastischer Kontinent ist so bedeutsam für eine nachhaltigere Entwicklung in der Welt, er ist unsere gemeinsame Heimat, der wir uns mit unseren Herzen verbunden fühlen, die wir bewahren und der wir eine gute Zukunft sichern wollen. Das gelingt uns nur gemeinsam. Aber ebenso klar wie unser Einigungswillen ist, dass für uns eines nicht verhandelbar ist: die Menschenrechte. Wir feiern sie heute an diesem Tag der Menschenrechte besonders, aber gelten müssen sie jeden Tag, für alle Menschen, und mit besonderer Wachsamkeit dort, wo Menschen besonders bedroht sind, darunter an unseren Außengrenzen und selbstverständlich auch für Menschen, die auf der Straße oder von einer viel zu geringen Rente leben müssen. Diese Gruppen darf man nicht gegeneinander stellen, denn damit ist niemandem geholfen. Und eines ist völlig klar: Ohne gesteuerte Zuwanderung werden in den nächsten Jahren noch mehr Menschen auf der Straße leben und noch geringere Renten ausgezahlt werden. Unser Wohlstand ist nur mit begrenzter, gesteuerter, gezielter Einwanderung aufrechtzuerhalten.

Ich will eine Brücke bauen: Vor uns liegt ein großes Aufgabengebiet, hier kann sich jeder solidarisch einbringen, ohne dass alle notwendig alle einzelnen Aufgaben gemeinsam umsetzen müssen. Es ist auch eine Aufgabenteilung möglich, ich habe eine Koalition aufnahmebereiter Mitgliedsstaaten genannt, die Solidarität muss über den Haushalt der EU gewährleistet sein. Kein gemeinsames europäisches Asylsystem zu haben, ist keine Lösung, das ist vielmehr unser Problem, wie Vizepräsident Schinas heute Morgen zutreffend festgestellt hat.

Ich lade uns alle ein, den Dialog weiter zu führen, auch interessiert zu bleiben, was die Interessen sind, die wir aus unterschiedlichen Perspektiven einnehmen, am Ende aber auch die Dinge gemeinsam anzupacken, die ohnehin keiner von uns alleine bewältigen kann. Unsere neue Asylagentur ist ein weiterer Baustein dazu. Wir sehen: Ergebnisse sind möglich, das ist die gute Nachricht des Tages. Möge sie uns stärken für die Aufgaben, die vor uns liegen.

Ich wünsche allen einen guten Jahreswechsel. Machen wir uns im neuen Jahr wieder mit neuem Mut an die Arbeit.

Vielen Dank.